„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"

J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.

Bernhard Bott, Redakteur.

Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wochenausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspalig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht" usw.
Für jede Anzeige 1 Zoll einspalig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspalig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Deutsche Einwanderung

Schon in der vorletzten Courier-Ausgabe berichteten wir von dem gewaltigen Einwandererstrom, der sich seit März nach Canada und insbesondere in den Westen ergießt. Infolge des weitherzigen Entgegenkommens der canadischen Regierung hat auch die deutsche Einwanderung eine beträchtliche Zunahme aufzuweisen. Sind schon in den letzten Jahren deutschsprechende Leute aus den verschiedensten Teilen Europas in stets wachsender Zahl nach Canada gekommen, so wird diese Zahl heuer gewiß zu einer Rekordziffer seit dem Kriege emporschnellen.

Es bedarf wohl kaum einer besonderen Betonung, daß wir uns über diese Entwicklung herzlich freuen, daß wir alle diese deutschsprechenden Einwanderer, ganz gleich wo ihre Wiege stand, mit treudeutschem Handschlag im neuen Lande freundschaftlich willkommen heißen. Mögen sie würdig in die Fußtapfen der alten deutschen Pioniere eintreten! Mögen sie mit eisernem Fleiß und zäher Ausdauer sich eine neue Heimat auf canadischer Scholle gründen! Mögen sie durch tadellosen Lebenswandel und durch gewissenhafte Beobachtung der Landesgesetze ihrem deutschen Namen allerwärts Ehre machen! Jeder sei sich dessen bewußt, daß die anderen mit Späheraugen auf den deutschen Einwanderer hinschauen. Ist er ein aufrechter, ehrlicher, treuer Charakter, ist er ein eifriger und energischer Arbeiter, so wird er dadurch nicht nur sich, sondern auch seinem deutschen Volke im Auslande Freundschaft, Achtung und Bewunderung erringen. Jeder Auslandsdeutsche sei aber auch ein Träger seiner nationalen Würde. Werfen wir uns nicht weg! Werden wir nicht Judasseelen! Verkaufen wir unsere liebe deutsche Muttersprache nicht um ein Linsenmus! Kein Mensch, keine Regierung darf uns das natürliche Recht auf unsere Sprache, auf die Sprache unseres Blutes, unserer Mutter, unseres Vaterhauses entreißen. Hüten wir diesen köstlichen Schatz in so treuer Ergebenheit, wie es die alten deutschen Kolonisten in Rußland, im Banat und anderwärts getan haben!

Ein hervorragendes Verdienst um die deutsche Einwanderung und Ansiedlung haben sich einige Organisationen erworben, welche mit der Canada Colonization Association harmonisch zusammenwirken, nämlich die Immigrationsbehörden der Katholiken, Lutheraner, Mennoniten und Baptisten. Ein Beispiel hierfür ist ein in der letzten Courier-Ausgabe veröffentlichtes Telegramm, das uns von der Ankunft von etwa hundert deutschen Einwanderern aus dem Schwarzwald und aus Westfalen Kunde gab. Diese 30 Familien werden in der Nähe von Winnipeg angesiedelt, um dort von deutscher Schaffenskraft und deutschem Unternehmungsgeist Zeugnis abzulegen. Wie ein Freund unseres Blattes in Winnipeg mitteilt, verdient Herr Dr. Schneider von Freiburg i. Br., der die ganze Sache in Verbindung mit der Einwanderungsabteilung des Volksvereins und der Canada Colonization Association ins Leben gerufen hat und mit geschickter Hand alle Anordnungen trifft, besonders hohe Anerkennung. Ihm wie auch allen anderen deutschen Freunden in der neuen Ansiedlung entbieten wir hiermit ein inniges Willkommen in Canada.

Jenen aber, die schon längere Zeit hierzulande ansässig sind, erwachsen aus der verstärkten deutschen Einwanderung auch neue Pflichten und neue Verantwortlichkeiten. Die deutschsprechenden Immigranten sind Menschen unseres Blutes und unserer Sprache. Sie dürfen für uns nicht Ausbeutungsobjekte sein, denen wir die letzte Kraft aus den Knochen und den letzten Dollar aus dem Geldbeutel herausholen. Canada soll für sie zur neuen Heimat und nicht zum Durchgangsland werden. Sie dürfen nicht auf den grundfalschen Gedanken gebracht werden, als sei diese Dominion nur ein Sprungbrett für die Ver. Staaten. Eine diesbezügliche Propaganda ist im Gange. Alle aufrichtigen Freunde dieses Landes, seiner Einwanderer und unseres canadischen Deutschtums müssen sich zu einer entschiedenen Aktion gegen die erwähnte Propaganda aufraffen. Notwendig ist vor allem, daß wir in brüderlicher Liebe den Einwanderern zur Seite stehen, ihnen Mut zur Ueberwindung der Anfangsschwierigkeiten und Vertrauen in die Zukunft Canadas einflößen. Was in unseren Kräften steht, muß geschehen, um die Immigranten in den für sie geeigneten Stellungen unterzubringen. Wir dürfen sie nicht einfach als „Grünhörner" betrachten. Viele von ihnen haben in Kriegs- und Notzeiten bittere, aber auch nutzbringende Lebenserfahrungen gesammelt. Viele von ihnen sind in ihren Berufen tüchtige Fachleute, welche jedem sogenannten „Expert" in Canada weit überlegen sind. Sollen wir diese wertvollen Kräfte in den Schmelztiegel der Ver. Staaten abstoßen? Sollen sie unserem canadischen Deutschtum verloren gehen? Hier brauchen wir die „Co-operation" aller Deutschcanadier, welche mit den Landesverhältnissen genügend vertraut und da und dort über etwas Einfluß verfügen, um den Einwanderern Gelegenheit zu verschaffen, ihre Fähigkeiten zum Aufbau dieses Landes zu verwerten.

Wenn sich die deutschsprechenden Immigranten redlich bemühen, sich in die hiesigen Verhältnisse, in ihre deutschen Kirchengemeinden, in die deutschen Vereine, in die wirtschaftliche Lage des Westens einzuleben, und wenn zugleich die alten Ansiedler ihnen eine helfende Bruderhand entgegenstrecken, dann wird die neue deutsche Einwanderung allen Teilen und nicht zuletzt Canada selbst zum Heile gereichen.

— Edelmann und Bettler haben die ältesten Ahnen gemeinsam.

— Ein Darlehensgesuch ist die wirksamste Kündigung der Freundschaft.

— Scharfblickende Menschen sehen sich am häufigsten in die Lage versetzt, ein Auge zudrücken zu müssen.

Zum Problem der deutsch-französischen Annäherung

Der Vorsitzende des Botschafterrates, Jules Cambon, der bis zum Krieg französischer Botschafter in Berlin war und zusammen mit seinem Bruder, dem Botschafter in London, Paul Cambon, eine der wichtigsten Rollen in der französischen Vorkriegspolitik spielte, veröffentlicht in der „Revue des Vivants" einen Aufsatz über die deutsch-französische Annäherung.

Es heißt darin, daß trotz der Erfahrungen des furchtbaren Krieges bei den Ereignissen im Fernen Osten, in Amerika und sogar in Europa ein Funke genügen würde, um einen Sturmwind von Wahnsinn zu entfachen, der aufs neue die Welt in Brand setzt. Aber alle wahren Friedensfreunde — die sich am lautesten dafür ausgaben, dienten dem Frieden durchaus nicht am aufrichtigsten — hätten das Empfinden, daß wenigstens in Europa eine französisch-deutsche Annäherung zur Erhaltung des Friedens notwendig sei. Man könne nicht zweifeln, daß die Regierungen der beiden Länder den Wunsch hätten, zu einer Befriedung zu kommen. Aber die Regierungen seien nicht immer die Herren ihrer Politik. Fürst Bülow habe früher einmal sehr stark „die unversöhnliche Stimmung der Franzosen" getadelt und den Deutschen geraten, nicht dem Hirngespinst einer Wiederversöhnung nachzugehen. Viele Franzosen dächten heute von den Deutschen ebenso, und das sei einigermaßen begründet.

Er meint, den Kabinettswechseln in Deutschland dürfe man nicht zu große Bedeutung geben und fährt dann fort:

Die Politik der Eintracht, welche die französische Regierung verfolge und in Locarno eingeweiht habe, könne allein zu einer wahren Befriedung führen. Aber diese Politik müsse in beiden Ländern verstanden werden. Es genüge nicht, nach Frieden zu rufen, um einen dauerhaften Frieden zu gestalten. Die Praxis sei anders als die Theorie. Frankreich müsse eine Politik der Anpassung an Deutschland suchen, aber sie würde kein gutes Mittel sein, um den Frieden aufrechtzuerhalten, wenn sie auf Kosten der bisherigen Freundschaften Frankreichs geschehen müßte. Jules Cambon schließt wörtlich: „Wir haben den Frieden notwendig. In Deutschland hat man ihn gleichermaßen notwendig. Aber wir müssen so vorgehen, daß die jetzige Lage nicht geändert wird. Deutschland muß immer das Gefühl haben, daß wir nicht vereinsamt in der Welt dastehen und daß die Annäherung zwischen ihm und uns nicht nur ein verzweifelter Ausweg für uns ist."

Die Kölnische Zeitung bemerkt zu diesen Ausführungen:

„Jules Cambon gehört zu denen, die in der Vorkriegszeit ein gewichtiges Wort mitzusprechen hatten. Er ist einer der Haupteinkreiser Deutschlands gewesen und hat in der französischen öffentlichen Meinung grundsätzlich das Mißtrauen gegen Deutschland geschürt. Er beeinflußte die in Berlin arbeitenden französischen Pressevertreter und gab stets der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland auf einen Krieg hinarbeite. Er war der Hauptbeteiligte in der Ausarbeitung des Versailler Vertrages und jetzt füllt er die maßgebende Rolle als Vorsitzender des Botschafterrates aus.

„Cambon spricht von der unbedingt notwendigen Aufrechterhaltung der jetzigen Lage und sucht Frankreich klar zu machen, daß eine Nachgiebigkeit gegen den Versailler Vertrag der Eindruck der Schwäche **Frankreichs hervorgerufen wurde.** Die Ehrlichkeit, zu einer wahren Verständigung zu gelangen, zwingt zu sagen, daß **gerade in der Aufrechterhaltung der jetzigen Lage das Haupthindernis einer dauerhaften Annäherung liegt.** Man schätzt in Frankreich die deutsche Geistesverfassung falsch ein, wenn man immer wieder verkündet, daß man nur kräftig mit der Faust auf den Tisch zu schlagen brauche, um sich Achtung zu sichern. Es ist eine der merkwürdigsten Nachkriegsbeobachtungen, zu sehen, wie wenig die Franzosen trotz aller Erfahrungen den Umfang dieser Anschauung begreifen wollen."

Weltumschau

Deutschland

Bei einem Gabelfrühstück, welches der American Club in Berlin dem New Yorker Bankier und Kunstfreund Otto H. Kahn gab, nahm der letztere Veranlassung, dem deutschen Schaffensgeist und der deutschen Energie, die es dem Reich ermöglichten, über die nachkriegszeitlichen Probleme hinwegzukommen, hohes Lob zu zollen.

„Deutschlands ausgesprochene Absicht," führte der Bankier in einer Rede aus, „den Weltfrieden zu fördern und seine eigene wirtschaftliche Lage zu bessern, haben ihm die Bewunderung der ganzen Welt eingetragen. Jedes Land ist heute gewillt, Deutschlands Hand zu ergreifen und es erneut in der großen Völkerfamilie willkommen zu heißen. Die Hingabe der Deutschen an die Ausarbeitung der kleinsten Einzelheiten, ihr Patriotismus — nicht etwa der Patriotismus der flaggenschwenkenden Art — nein, der Patriotismus, der gewillt ist, für das Allgemeinwohl Opfer zu bringen, alle diese Eigenschaften haben mit zu der erfolgreichen Besiegung der Nachwirkungen der schrecklichen Verheerung und der Kriegsinflation beigetragen."

Die günstigste Geschäftslage seit dem Krieg berichteten die Präsidenten der größten deutschen Schiffahrtsgesellschaften, Norddeutscher Lloyd und Hamburg-Amerika-Linie, in den Versammlungen ihrer Aktionäre. Letztere hießen die Auszahlung einer sechsprozentigen Dividende für das Jahr 1927 gut. Die Aktionäre der Hamburg-Amerika-Linie genehmigten ferner eine Erhöhung des Aktienkapitals um $7,500,000 durch Ausgabe weiterer Aktien. Diese werden den jetzigen Aktieninhabern im Verhältnis von fünf zu eins angeboten und wird das Geld zum Bau von 14 Passagier- und Frachtdampfern, die meisten mit Oelheizung ausgestattet, benützt werden.

Die Einnahmen der Reichsbank im Jahre 1926 zeigen einen starken Rückgang gegenüber jenen früherer Jahre. Der Jahresbericht zeigt einen Reingewinn in Höhe von 22,800,000 Mark gegenüber 42,700,000 im Jahre 1925. Eine 10prozentige Dividende wurde festgesetzt. Der Anteil der deutschen Regierung an dem Profit beträgt 4,200,000 Mark, während 4,500,000 dem Reservefonds überwiesen werden. Die Bruttogewinne für das Jahr lief sich auf 626,000,000,000 Mark gegenüber 181,000,000 Mark im Vorjahre. Der Gewinnrückgang wurde hauptsächlich verursacht durch den Rückgang der Diskontorate und einer Abnahme des Wechselgeschäftes. Der Umsatz der Reichsbank belief sich über 626,000,000,000 Mark gegenüber 574,000,000,000 im Jahre 1925.

Drei brausende Hochrufe auf das weitere Bestehen der guten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten beschlossen ein Bankett, das an Bord des neuen Dampfers „New York" der Hamburg-Amerika Linie gegeben wurde. Der Generaldirektor der Linie, der frühere Kanzler Cuno, forderte zu den Hochrufen auf. Der amerikanische Botschafter, Dr. Jakob Gould Schurman, war Ehrengast.

Oesterreich.

Die Reichskonferenz der kommunistischen Partei Oesterreichs hat beschlossen, den Sozialdemokraten für die am 24. April stattfindende Bundesrats- und Gemeindewahlen ein Wahlbündnis vorzuschlagen, für den Fall, daß die sozialdemokratische Partei sich verpflichtet, gewisse kommunistische Forderungen zu unterstützen. In dem von der kommunistischen Partei an die Sozialdemokraten gerichteten offenen Brief heißt es:

„Die kommunistische Partei Oesterreichs wird unter Wahrung völliger Selbständigkeit, in ihrer Agitation und politischen Tätigkeit ihre Mitglieder auffordern, für die sozialdemokratische Liste zu stimmen. Mandate oder sonstige „Gegenleistungen" werden von den Kommunisten nicht verlangt, doch ist dieser Vorschlag an die Voraussetzung geknüpft, daß sich der Parteivorstand der Sozialdemokraten öffentlich und bindend verpflichtet, mindestens die folgenden Forderungen der werktätigen Massen unter Anwendung parlamentarischer und außerparlamentarischer Mittel sofort durchzuführen, wenn die sozialdemokratische Partei die parlamentarische Mehrheit erlangt."

Unter anderem wird von den Kommunisten gefordert: Entwaffnung der Bourgeoisie. Sofortige Auflösung aller faschistischen und monarchistischen Organisationen. Sofortige Entfernung aller faschistischen und monarchistischen Elemente aus dem Staatsapparat, der Polizei und der Wehrmacht. Kommunalisierung der Polizei. Bewaffnung der Arbeiter in den Gewerkschaftsbetrieben. Umwandlung des sozialdemokratischen Schutzbundes in eine bewaffnete Wehrorganisation aller klassenbewußten Arbeiter und Aufnahme der Kommunisten in den Schutzbund. Verteidigung des Achtstundentages. Gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen. Arbeiterkontrolle der Produktion und des Transports zur Verhinderung von Preistreiberei. Produktionsverminderung bei Entlassung von beschäftigten Arbeitern und zur Einstellung Arbeitsloser in die Betriebe. Eine brauchbare Altersversicherung. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. Trennung von Kirche und Staat. Bündnis mit Rußland. Sofortiger Schluß mit jeder Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien. Weitgehende Maßnahmen zur vollständigen Niederwerfung der Bourgeoisie.

Frankreich hat in Wien den Antrag gestellt, daß der Leichnam des Herzogs von Reichstadt, der in der Kapuzinergruft an der Seite seiner Mutter, Marie Louise, und seines Großvaters, des Kaisers Franz I. von Oesterreich, ruht, nach Paris in das Grabmal seines Vaters im Dom der Invaliden überführt werden dürfe. Französische Flieger haben sich erboten, die letzten Ueberreste des Napoleoniden zu holen.

Ungarn.

Der Interalliierten Militärkontroll-Kommission in Ungarn wurde von dem Botschafterrat der Alliierten aufgetragen, ihre Tätigkeit in jenem Lande einzustellen. Die Mitglieder der Kommission werden jedoch noch bis zum 15. Mai in Ungarn verbleiben, um ihre Arbeiten abzuwickeln.

Rußland.

Der Vollzugsausschuß der Kommunistischen Internationale hat einen Aufruf erlassen an alle „unterdrückten Völker, sich zu einem Protest gegen den neuen verbrecherischen Krieg in China" zu vereinigen. Die Beschießung von Nanking wird als ein „provokatorischer Akt seitens des britischen und amerikanischen Imperialismus" in dem Aufruf verdammt. Die Zurückziehung aller fremden Truppen wird gefordert. Der mörderische Charakter dieses neuen Krieges sollte gekennzeichnet werden. Das Ultimatum von Nanking und die militärischen Vorbereitungen in Schanghai machten es, so heißt es in dem Aufruf, deutlich, daß England die Sprache der Diplomatie im südlichen Jangtse-Gebiet aufgegeben habe und nun in der der Kanonen spräche. Die Vereinigten Staaten, die sich bisher als Freund Chinas gebärdet hätten, hätten ihr „rosiges Aeußeres" fallen lassen und nunmehr ihre militärische Führerschaft in einer Sache des Massenabschlachtens und der Niederbrennung und Zerstörung chinesischer Städte enthüllt. „England und Amerika haben," heißt es weiter, „einen Krieg gegen China begonnen, und die Falschheit des Vorwands", daß Truppen zum Schutz der Ausländer und deren Frauen und Famrlien abgesandt worden wären, ist nunmehr bloßgestellt. Die mit der Truppensendung verfolgte wahre Absicht bestand darin, die Profite der Imperialisten zu schützen und die Revolution zu ertrosseln. Mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln müssen wir die chinesischen Revolutionäre unterstützen."

Jugoslavien.

Nach einem in Berlin, Paris und London gemeinsam ausgearbeiteten Plan würden die Regierungen von Deutschland, England und Frankreich Offiziere als Mitglieder einer Untersuchungskommission ernennen, der die Aufgabe zufallen würde, eine Lösung der Streitfragen zwischen Italien und Jugoslawien zu finden. Die beiden letzteren Mächte würden in der Untersuchungskommission durch Beobachter vertreten sein. Obgleich bisher weder in Rom noch in Belgrad angedeutet wurde, daß man dort diesem Plane zustimmen wolle, zeigen sich beide Regierungen versöhnlich und man erwartet, daß sie den Plan, sobald er vollständig ausgearbeitet sein wird, annehmen werden.

Jugoslavien bemüht sich jetzt, eine Verständigung zwischen den Donaustaaten zustande zu bringen und hat den früheren Justizminister und jetzigen Abgeordneten, Dr. Lazar Markowitsch, beauftragt, mit den in Betracht kommenden Regierungen in Fühlung zu treten. Nach Abhaltung von Konferenzen mit führenden Staatsmännern Ungarns in Budapest ist Dr. Markowitsch in Wien eingetroffen.

Tschechoslowakei

Bisher war der Beginn des deutschen Rundfunks beim Prager Sender immer mit „Hallo Prag" angekündigt worden. Die Verwaltungskommission des „Radiojournals" hat nun über tschechischen Einspruch verfügt, daß der Aufruf sich beim deutschen Rundfunk mit „Hallo Praha", also mit der tschechischen Bezeichnung von „Prag" zu geschehen habe.

Norwegen

Der frühere Premier Abraham Berge und sechs Mitglieder seines Kabinettes wurden von der Anklage freigesprochen, sich gegen die Konstitution vergangen zu haben, indem sie die norwegische Handelsbank während der finanziellen Schwierigkeiten in den Jahren 1923 und 1924 im geheimen unterstützten. Es war keine Kriminalanklage erhoben worden; der Fall wurde nur vor das Obergericht gebracht, um über die Rechtmäßigkeit der Handlungsweise des Kabinettes zu entscheiden.

Großbritannien

Das britische Kabinett beschloß heute, in China eine feste Haltung anzunehmen und keine weiteren Zugeständnisse zu machen, bevor die gegenwärtigen „anarchistischen" Zustände ein Ende nehmen und „die chinesischen Behörden sich dazu fähig erwiesen haben würden, Ordnung zu schaffen." Der Außenminister Chamberlain begab sich vom Ministerrat direkt ins Unterhaus, um dort eine dementsprechende Erklärung abzugeben.

Im Laufe seiner Rede sagte Chamberlain, er hege nicht den geringsten Zweifel, daß die beiden amerikanischen Blaujacken, welche am vergangenen Donnerstag den amerikanischen und britischen Kriegsschiffen in Nanking das Signal gegeben hätten, auf die kantonesischen Plünderer zu feuern und das dadurch herbeigeführte Bombardement den ausländischen Flüchtlingen auf Socony Hill das Leben gerettet habe.

Chamberlain behauptete, die Geschosse aus den Geschützen des britischen Kreuzers und der beiden amerikanischen Zerstörer seien um den Socony Hill in einem Stadtgebiet Nankings niedergefallen, in welchem keine Zivilbevölkerung hause.

Als der Laborit Thurtle dem Außenminister die Behauptung des Oberbefehlshaber der Kanton-Heere, General Chong Kai Shek entgegenhielt, daß die Nordtruppen die Plünderung Nankings vollführt hätten, antwortete Chamberlain:

„Nachrichten aus britischen und amerikanischen Quellen behaupten das Gegenteil."

Als noch andere Laboriten Chamberlain mit Fragen zusetzen wollten, wurden sie von der parlamentarischen Gefolgschaft der Regierung niedergebrüllt.

Den konservativen Fragestellern, welche wissen wollten, was mit der Fremdenniederlassung Shanghais werden werde, welche ängstlich einer beruhigenden Zusicherung der britischen Regierung harre, stand Chamberlain dagegen Rede, indem er antwortete, in Shanghai gäbe es keine britische Sonderkommission wie in Hankow, sondern die Briten seien nur stark an der Internationalen Niederlassung interessiert, deren Zukunft lediglich unter Zuratezieung anderer interessierter Mächte entschieden werden könne. Solche Unterhandlungen würden gegenwärtig nicht geführt, weil sie bei den herrschenden „anarchistischen Zuständen" ein Ding der Unmöglichkeit seien. Die Internationale Siedlung Schanghais erstrecke sich über 5584 Acker Land, das einen Grundeigentumswert von über 42 Millionen Pfund habe und von 832,000 Menschen bewohnt sei.

Zum Schluß sagte er:

„Großbritannien ist mit seinem eigenen Besitz in der Britenkonzession Hankows im Liberalsten, ich kann sogar sagen vertrauensseligen Geiste verfahren. Wir müssen vorerst die Gewißheit erhalten, daß die Zustände sich so gestalten, daß die chinesischen Behörden Ordnung wahren können, wo sie an's Ruder gekommen sind, bevor wir weitere britische Eigentumsinteressen aufgeben."

Im nördlichen Wahlbezirk von Southwark wurde der frühere Laborit Dr. Haden Leslie Quest, der seinen Parlamentssitz aufgegeben hatte, weil er mit der Forderung der Arbeiterpartei, daß die britischen Kriegsschiffe und Truppen aus China wieder heimbeordert werden sollten, nicht übereinstimmte und als unabhängiger Konservativer für Widerwahl kandidierte, geradezu schmählich verhauen.

Nach den neuesten Statistiken, die das englische Postministerium herausgegeben hat, gibt es im ganzen Londoner Bezirk nur 515,000 Fernsprecher. Wenn man in Betracht zieht, daß die Londoner Bevölkerung sich auf rund 7,666,000 Einwohner beläuft, so bedeutet das, daß auf je 15 Personen ein Fernsprecher kommt. Es ist das ein merkwürdig geringer Prozentsatz für eine Weltstadt. In den amerikanischen Städten, wie New York, Chicago, San Francisco, Washington, Minneapolis und Denver und andere entfallen 20 bis 28 Fernsprecher auf 100 Personen. Selbst Montreal hat den doppelten Prozentsatz wie London und Stockholm den vierfachen.

Frankreich.

Die französische Regierung hat nunmehr durch strenge Verfügungen das Aufenthaltsrecht der Ausländer in Frankreich geregelt. Diese Verordnungen sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß im Lande in Verbindung mit der Festigung des Frankenkurses in gewissem Maße eine wirtschaftliche Spannung eingetreten ist und die Zahl der Arbeitslosen sich erhöht hat. Die Ausländerkontrolle dient dem Zweck, dem Einströmen der ausländischen Arbeiter einen Damm zu setzen und nur solchen den Aufenthalt zu gestatten, die einerseits auch heute dort Stellung finden können und andererseits den französischen Arbeitern nicht die Erwerbsmöglichkeiten rauben.

Spanien

Erst jetzt sind die endgültigen Resultate der im Jahre 1920 in Spanien durchgeführten Volkszählung veröffentlicht worden, denen hinsichtlich des Analphabetentums ganz interessante Daten zu entnehmen sind.

Demnach beläuft sich die Zahl der des Lesens und Schreibens unkundigen Personen auf 20% der 21,369,842 Seelen umfassenden Gesamtbevölkerung für die Männer und auf 40% für die Frauen. Im Jahre 1900 war dieses Verhältnis noch 40 bezw. 60%. Die intelligentesten Provinzen sind Leon und Kastilien, die Provinz mit der rückständigsten Bevölkerung ist Murcia.

Aegypten.

Die Gesetzesvorlage zur Beschränkung der Vielweiberei, welche in Kürze der ägyptischen Kammer zugeht, stößt unter den Muselmännern auf starken Widerstand. Eine Sonderkommission der Ulemas (Rechtsgelehrte und Ausleger des Korans) bekämpft die Beschränkungen aufs äußerste, nicht nur weil sie dem mohammedanischen Gesetze widersprechen, sondern auch, weil die Kommission glaubt, daß dieselben, gesellschaftlich wie moralisch betrachtet, schädlich sein werden. Die Kommissäre erklären, daß Gott Vielweiberei, die unschätzbare Vorteile in sich berge, wollte, und sie weisen darauf hin, daß ungeachtet des Bestehens der Vielweiberei eine große Zahl lediger Frauen in Aegypten vorhanden sei, und daß deren Zahl, sollten die Einschränkungen durchgeführt werden, notwendigerweise sich erhöhen müßte.

Japan

Das japanische Kabinett hat beschlossen, von jeder Anwendung von Gewalt in China abzusehen und zu versuchen, eine friedliche Beilegung der Beschwerden über Mißhandlung von Japanern und Zerstörung japanischen Eigentums auf diplomatischem Wege zu sichern. Der japanische Gesandte in Peking wurde angewiesen, diesem Kabinettsbeschluß entsprechend vorzugehen.

China.

Der Zivilgouverneur der im äußersten inneren asiatischen Westen von China gelegenen Provinz Sinkiang setzte die Pekinger Regierung telegraphisch davon in Kenntnis, daß bei Kobdo mongolische Truppen in die Provinz eingefallen sind, in der Absicht, Sincho militärisch zu besetzen. Der Gouverneur fügte in der Depesche, daß die Mongolen Lust bekommen hätten, chinesisches Gebiet an sich zu reißen, seitdem die Herrschaft über die äußere Mongolei Sowjetrußland in die Hände gefallen sei. Er fordert die Pekinger Regierung auf, gegen den Mongoleneinfall geharnischten Protest zu erheben und die Rückberufung der „russischen militärischen Berater" aus der Mongolei zu verlangen.

In Kanton werden Massenversammlungen und Kundgebungen als Proteste gegen die Beschießung des Schlupfwinkels chinesischer Piraten in der Bias-Bucht bei Hongkong und gegen das Einschreiten von Polizisten in Singapur gegen chinesische Demonstranten geplant. Britische Kriegsschiffe zerstörten vorige Woche durch Geschützfeuer ungefähr 100 Häuser von Piraten unweit der Bias-Bucht bei Hongkong und verbrannten oder versenkten deren Dschunken in der Bucht. Die Briten behaupten, daß bei dieser Strafexpedition keine Chinesen getötet wurden, während in Kanton behauptet wird, daß viele Chinesen getötet wurden. In Singapur wurden von britischen Polizisten sechs chinesische Demonstranten getötet und elf verwundet, als eine Menge das Polizeihauptquartier zu stürmen versuchte.

Das britische Außenamt wurde verständigt, daß infolge starker fremdenfeindlicher Agitation beschlossen wurde, aus den Städten Tschangscha, Tschungking und Itschang im Jangtsetal alle Briten fort zuschaffen. Die Frauen und Kinder wurden aus diesen Städten schon vor einer Woche nach Schanghai gebracht.

In Changsha am Siangkiang in der Provinz Hunan ließen sich Matrosen vom britischen Kanonenboot „Woodcock" den dortigen Bewohnern gegenüber Ausschreitungen zu Schulden kommen, welche den chinesischen Ortskommissär veranlaßten, kategorisch den Abzug der Kort stationierten britischen Schiffe und die Auslieferung der an den Ausschreitungen beteiligten britischen Matrosen an die chinesischen Behörden zu verlangen, damit diese sie „drastisch bestrafen" könnten. Er entzog allen in Changsha sich aufhaltenden Briten die Exterritorialitätsrechte, was die Briten veranlaßte, alle ihre Staatsangehörigen aus Changsha wegzubringen.

Achthundert weitere britische Soldaten trafen in Schanghai ein und gingen sofort in Quartiere ans Land. Flußaufwärts von Schanghai bleibt die Lage gespannt, besonders in Hankau und Wuhu, wo Gewalttaten befürchtet werden. Eugen Chen, der Auslandminister der Kantonesen, neigt zur Mäßigung. Nach Ansicht mancher Beamter ist aber die Lage über seine Kontrolle hinaus gewachsen und die Extremen unter den Nationalisten sind zur Herrschaft entschlossen.

Chinesen in Chungkiang am Jangtsefluß in der Provinz Szechuan rissen die amerikanische Flagge vom amerikanischen Konsulat herab und zerstörten sie. Die Feindschaft gegen Amerikaner stieg derart, daß amerikanische Geschäftshäuser geschlossen sind und die Amerikaner sich in der Nähe des Hafens versammeln. Der Konsul und Vizekonsul nahmen auf dem Kanonenboot Monogacy Quartier.

Der kantonesische Befehlshaber Chang schätzt die chinesischen Verluste durch die englisch-amerikanische Beschießung des Soconyhügels in Nanking auf 6 Tote und 15 Verwundete, meist Zivilisten. Vierzig bis fünfzig Häuser wurden zerstört.

Chile

Die Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat die Dampfer „Teno" und „Aconcagua" an den Norddeutschen Lloyd für 500,000 Pfund Sterling verkauft. Die Schiffe werden aus dem derzeitigen Dienst zwischen Chile und den Ver. Staaten herausgezogen werden. Sobald der „Teno" wieder in New York eintrifft, wird er seinen neuen Besitzern ausgehändigt werden, während die „Aconcagua", welche sich zur Zeit auf der Fahrt nach New York befindet, ihre Besitzer nach ihrer Rückkehr von New York wechseln wird. Der Verkauf erfolgte, wie erklärt wird, weil sich die Schiffsroute zwischen Chile und den Ver. Staaten nicht bezahlte.

Ver. Staaten

Nach amtlicher Erklärung werden die amerikanischen Streitkräfte in China nicht mit den Truppenabteilungen anderer Großmächte vermengt werden. Präsident Coolidge ist der Ansicht, daß, nachdem die Vereinigten Staaten ihren eigenen Oberbefehlshaber im Felde haben, die amerikanischen militärischen Gruppen in der Lage seien, die Unabhängigkeit ihrer Aktion zu wahren. Nichtsdestoweniger glaubt der Präsident, daß die amerikanischen Streitkräfte mit den Truppen anderer Mächte, wo immer es notwendig sein sollte, zusammenwirken werden, besonders weil aus den Berichten hervorgeht, daß die amerikanischen Flüchtlinge in Schanghai über das ganze Gebiet der Internationalen Niederlassung verteilt sind. In der Erklärung wird betont, daß es dem Ermessen des amerikanischen Oberbefehlshabers überlassen bleibe, im Notstandsfall selbst zu entscheiden, welche Aktion seitens der amerikanischen Truppen geboten sei.

Ein chinesischer Napoleon

In China ist ein neuer Napoleon erstanden. Es ist General Chang Kai-Shek, Oberbefehlshaber der kantonesischen Armeen. Er ist heute die beherrschende Persönlichkeit in China. Er ist die Macht hinter dem Wort, so daß die westliche Zivilisation achtungsvoll auf die Ankündigungen des Auslandministers Eugene Chen hört. Unter der Leitung von Chang entrissen kantonesische Truppen der nördlichen Regierung in kaum zwei Jahren ein Gebiet von einer Million Quadratmeilen mit einer Bevölkerung, die größer ist als jene der Vereinigten Staaten. Seine Armeen dringen noch immer ungehemmt vor; nach Ansicht vieler Militärs wird in einem weiteren Jahr Peking selbst erobert sein.

Chang ist erst 39 Jahre alt. In einem kleinen Dorf geboren, war er beim Tode seines Vaters kaum ein Jahr alt. Seine Mutter war sehr arm und der Knabe wurde Verwandten übergeben, um ihn zu einem Kaufmann zu machen. Er zeigte aber keine Geschicklichkeit für den Handel und kam in eine Militärschule, später auf die Offiziersakademie. Seine erstaunliche militärische Begabung wurde bald erkannt und er kam nach Japan, um seine militärischen Studien unter japanischen Offizieren zu vollenden. In Japan geriet Chang unter den Einfluß des verstorbenen Sun Yat-Sen, des Begründers der revolutionären Bewegung von Kanton. Er kam als eifriger Revolutionär nach China zurück. Eine wirkliche Verwendung für seine militärischen Kenntnisse erhielt Chang aber erst später, als ihm Sun die Leitung der Whampoa-Militärschule in Kanton übertrug. Auf seinen Befehl wurde der Marsch nach Hankau unternommen, dem später der Vorstoß auf Schanghai folgte. Mit einer numerisch schwächeren Armee schlug er die Streitkräfte des Befehlshabers von Schanghai.